

Oberursfelder Bürgerfreund

Allgemeiner Anzeiger für Oberursel u. Umgegend • Amtl. Verkündigungs-Organ der Stadt Oberursel

Erscheint Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Samstags.
Preis: Monatlich 90 Pfennig frei ins Haus; durch die Post vierteljährlich M. 2.70 ohne Bestellgeld. Postfachkonto: Frankfurt a. M. 10 292.



Anzeigenpreis beträgt für die Spaltweite der Zeile oder deren Raum 20 Pf. Bei Wiederholungen entsprechend. Rabat. Reklamen pro Zeile 80 Pfennig. Gegründet 1863. • Geschäftslokal: Ede Garmstrasse • Telefon Nr. 105.

Der „Oberursfelder Bürgerfreund“ hat in Oberursel von den hier gelesenen Zeitungen die meisten Abonnenten.

Amtlicher Teil.

Sekundarmachung

Alle in Oberursel befindlichen Urlauber und von ihren Truppteilen Besondere melden sich im Gasthaus „zur Rose“.

Meldestunden täglich von 9—12 Uhr Vormittags und von 2—5 Uhr Nachmittags.

Oberursel (Tannus), den 11. November 1918.

Der Soldatenrat:
Schulze, Höpfel, Wolf.

Ausgabe von Margarine

findet statt in den Geschäften von:

Friedrich Neßbach, Marktplatz,
Gottfried Bauer, Dorfplatz,
Kaufmann - Verein, Oppenheimstraße,
J. Ischke, Gieselsstraße.

100 Gramm auf Abchnitt Nr. 74 der Lebensmittelkarte. (Freiwilligverpflichtete sind ausgeschlossen) am Samstag, den 16. November.

Preis pro Pfund 2 Mark.

Oberursel (Tannus), den 12. November 1918.

Der Magistrat: Gille.

Winterkartoffel-Ausgabe.

2. Für diejenigen Personen, welche die Kartoffeln auf einmal von der Stadt beziehen, und dieselben bis jetzt noch nicht erhalten konnten, werden Kartoffeln für 14 Tage abgegeben. Diese Kartoffeln werden auf die Winterkartoffelverteilung angerechnet.

Ausgabetermine sind:

Freitag, den 15. November, vormittags von 8—11 Uhr:

Buchstabe: A.—A.

Freitag, den 15. November, nachmittags von 2—5 Uhr:

Buchstabe: B.—B.

Samstag, den 16. November, vormittags von 8—11 Uhr:

Buchstabe: C.—C.

Die Ausgabe findet im Volksschulsaal statt. Es werden 14 bzw. 20 Pfund pro Person abgegeben.

Preis pro Pfund 10 Pfennig.

Bezahlung im „Gasthaus zur Rose“.

Kartoffelkarte bzw. Lebensmittelkarte ist vorzuzeigen.

Oberursel (Tannus), den 8. November 1918.

Der Magistrat.

Kindernahrung.

Die im Jahre 1918, 1917 und 1916 in der Zeit vom 1. November bis 31. Dezember geborenen Kinder erhalten am Samstag, den 16. November, vormittags von 8—11 Uhr im Lebensmittelbüro, Zimmer Nr. 4:

1 Päckchen Gerstenmehl à 38 Pfennig.

Oberursel (Tannus), den 12. November 1918.

Der Magistrat.

Kriegsunterstützung.

An Kriegsunterstützung gelangen am Freitag, den 15. November zur Auszahlung:

Chefrau ohne Kind: bisher Halbmónatsatz 23 Mark, Nachzahlung für November 5 Mark, einmalige städtische Unterstützung 20 Mark, zusammen 48 Mark.

Chefrau mit 1 Kind: bisher Halbmónatsatz 32,50 Mark, Nachzahlung für November 10 Mark, einmalige städtische Unterstützung 25 Mark, zusammen 67,50 Mark.

Chefrau mit 2 Kindern: bisher Halbmónatsatz 40,50 Mark, Nachzahlung für November 15 Mark, einmalige städtische Unterstützung 30 Mark, zusammen 85,50 Mark.

Chefrau mit 3 Kindern: bisher Halbmónatsatz 48,50 Mark, Nachzahlung für November 20 Mark, einmalige städtische Unterstützung 35 Mark, zusammen 103,50 Mark.

Für jedes weitere Kind mehr: bisher Halbmónatsatz acht Mark, Nachzahlung für November 5 Mark, einmalige städtische Unterstützung 5 Mark, zusammen 18 Mark.

Alleinstehende Kinder und Geschwister: bisher Halbmónatsatz 15 Mark, Nachzahlung für November 5 Mark, einmalige städtische Unterstützung 5 Mark, zusammen 25 Mark.

Eltern, d. h. Vater und Mutter: bisher Halbmónatsatz 27,50 Mark, Nachzahlung für November 10 Mark, einmalige städtische Unterstützung 25 Mark, zusammen 62,50 Mark.

Vater oder Mutter: bisher Halbmónatsatz 18 Mark, Nachzahlung für November 5 Mark, einmalige städtische Unterstützung 20 Mark, zusammen 43 Mark.

Weitere Aufklärung erteilt die Stadtkasse.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützung für die 2. Hälfte des Monats November 1918 erfolgt am Freitag, den 15.

November 1918 im Geschäftslokal der Stadtkasse, Zimmer 1, des Stadthauses und zwar:

Freitag, vormittags von 8½ bis 12 Uhr für die Empfangsberechtigten mit dem Buchstaben A.—A.

Freitag, nachmittags von 2 bis 4 Uhr für die Empfangsberechtigten mit dem Buchstaben B.—B.

Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß die Entlassung der Einberufenen aus dem Militärdienst und Verurteilungen zur Arbeitsleistung sofort auf der Stadtkasse anzuzeigen sind. Auch ist unverzüglich Anzeige zu erstatten, sobald Kinder das 15. Lebensjahr vollenden und sonstige Veränderungen in dem Bestande der Unterstützungsberechtigten eintreten.

Oberursel (Tannus), den 12. November 1918.

Die Stadtkasse.

Bekanntmachung.

Am Freitag, den 15. November 1918 findet die Auszahlung der Kriegsunterstützung durch die Stadtkasse statt.

Wegen des damit verbundenen Andranges bitten wir, von Einzahlungen und Umwidlung sonstiger Kassengeldmittel an diesem Tage Abstand nehmen zu wollen.

Oberursel (Tannus), den 12. November 1918.

Die Stadtkasse.

Die innere Lage.

Aufruf des Frankfurter Soldaten- und Arbeiterrates.

Frankfurt a. M., 13. November. Meldung des Soldaten- und Arbeiterrates.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln ist es unbedingt erforderlich, daß die militärischen Dienststellen ungehindert weiter arbeiten.

Im Bereich des 18. Armee-Korps ist das stellvertretende Generalkommando in Frankfurt a. M., die vorgelegte Bescheide, welche alle militärischen Stellen wie bisher unterliegen.

Sämtliche Befehle und Verfügungen des stellvertretenden Generalkommandos ergeben im Auftrage und unter beständiger Überwachung des Arbeiter- und Soldatenrates. Hierdurch ist unbedingte Sicherheit gegeben, daß von militärischer Seite aus nichts geschieht, was dem Programm der neuen Regierung widerspricht.

Sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte im Bezirk des 18. Armee-Korps werden deshalb dringend ersucht, dafür zu sorgen, daß der Verkehr bei den Dienststellen ihres Truppendienstes in vollem Umfang aufrechterhalten bleibt, damit die Anordnungen des Generalkommandos durchgeführt werden können.

Selbständige Anordnungen, welche den Maßregeln der vorgelegten Dienststellen zuwiderlaufen, dürfen von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten keinesfalls getroffen werden, da sonst Störungen bei der Demobilisation und Störungen in den Betrieben eintreten können, die zu Katastrophen, Hungersnöten usw. führen!

Frankfurt a. M., den 13. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat.

Stellvertretendes Generalkommando 18. Armee-Korps.

Der frühere König von Bayern und der jetzige Volksstaat.

München, 13. November. (B. I. B. Nichtamtlich.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Thronverzicht Ludwig III. München, den 13. November 1918. Dem Ministerium des Volksstaates Bayern ging folgende Erklärung zu:

Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volke und für das Volk gearbeitet. Die Sorge um das Wohl meines geliebten Bayern war stets mein höchstes Bestreben. Nachdem infolge der Ereignisse der letzten Tage ich nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiter zu führen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und erbitte sie des mit geleisteten Treueschwur.

München, den 13. November 1918.

Ludwig.

Auf diese Kundgebung wurde folgendes geantwortet:

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt den Thronverzicht Ludwig III. zur Kenntnis. Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Bürger frei und unangestrichelt in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verpflichten, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern:

Kurt Eisner, Bauer, v. Frauendorfer, Jaffe, Hoffmann, Timm, Unterleitner.

Die Demobilisierung.

Berlin, 13. November. (B. I. B. Nichtamtlich.) Bekanntmachung des Demobilisationsamtes. — Zur Überführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden wurde die Oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisationsamt)“ errichtet. Das Demobil-

isationsamt gibt folgendes bekannt: Alle von den deutschen Kriegsministerien, stellvertretenden Generalkommandos, Gouvernements und Kommandanturen erlassenen Bekanntmachungen über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (z. B. Beschlagnahmen, Höchstpreiserlasse usw.) bleiben im Interesse der wirtschaftlichen Demobilisierung zunächst in Kraft. Ihre Abänderung und Aufhebung, sowie die nötigen allgemeinen Ausnahmen werden unverzüglich vom Demobilisationsamt, Berlin, Hedemannstraße Nr. 10, oder in seinem Auftrage erlassen werden. Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung bleibt bestehen. Es handelt sich um Aufträge des Demobilisationsamtes: Das Reichsdemobilisationsamt: Koeth.

Eine Rede Wilsons.

Wilson gibt folgende drahtlose Meldung: Wilson hielt im Kongress eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und u. a. ausführte:

Das Ziel des Krieges ist erreicht, der bewaffnete Imperialismus und die militärische Diktatur, die geheim und aus eigener Macht den Frieden der Welt stören konnten, sind vernichtet. Viel mehr als das ist aber erreicht. Die großen Nationen der Welt haben sich zu einem gemeinsamen Ziele vereinigt, nämlich den Frieden aufzurichten, der die Schmach der Welt nach ungenügender Gerechtigkeit beseitigen wird, und der in Ausgleichen bestehen soll, die auf viel besserer und dauerhafterer Grundlage aufgebaut sein werden, als den selbstischen und konfliktierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn der siegreichen Regierungen hat sich bereits praktisch gezeigt. Die Vertreter des obersten Kriegsrates in Versailles verhängten durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, geschehen soll, um mit Lebensmitteln und Verpflegung das Elend zu erleichtern. Es sollen weitere Schritte getan werden, um diese Unterstützungsmaßnahmen in systematischer Weise zu organisieren wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des französischen Schiffraums der Mittelmächte soll es sobald möglich gemacht werden, die unterdrückten Völker der vollständigen Befreiung zu bewahren und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaus klar zu machen, denen sie sich jetzt überall gegenübersehen.

Mit welchen Regierungen werden wir es bei Aufrichtung des Friedens zu tun haben, mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberstehen, mit welcher Bürgschaft, daß ihre Autorität von Dauer sein wird? Hier liegt der Grund für meine geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn der Frieden geschlossen ist, auf welchen Verpflichtungen und Bedingungen, außer denen von uns selbst, wird er beruhen? Seien wir offen gegen uns selbst, geben wir zu, daß diese Fragen jetzt nicht sofort befriedigt werden können. Aber die Moral ist, daß die Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich ist. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkür befreit herausgekommen sind, die jetzt endlich im Besitz ihrer Freiheit gelangen, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden. In der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufbauen, der ihren Platz unter den Nationen gerecht bestimmt, alle Furcht von ihren Nachbarn und selbstigen Herren beseitigt und sie in den Stand setzen wird, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Mäßigkeit oder an ihrer Fähigkeit. Einige glückliche Augenblicke sind vorhanden, daß sie den Weg zur Selbstbeherrschung und zur friedlichen Anpassung kennen und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir unsere Unterstützung in jeder möglichen Weise zu ihrer Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir die Geduld und die Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommen wird.

Vom Kronprinzen.

Amsterdam, 13. November. (B. I. B. Nichtamtlich.) „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß der frühere deutsche Kronprinz und sein Gefolge am Mittwoch in vier Automobilen Rastnach Berlin haben.

Aus Deutsch-Osterreich.

Wien, 13. November. (B. I. B. Nichtamtlich.) Wiener Korrespondenz. Die gestrige Penit vor dem Parlamentsgebäude forderte, wie nachträglich festgestellt ist, leider auch zwei Todesopfer. Ein älterer Mann und ein Knabe, die nach dem Spiel gebracht wurden, waren bei der Ankunft bereits tot; sie waren förmlich zertritten. — Gestern fand in Veitstube eine Versammlung des deutschen Volksrates für Böhmen statt, in der einstimmig die Kundgebung des deutsch-böhmischen Staatsrates begrüßt wurde, worin der Wunsch nach dem Anschluß an das deutsche Reich ausgesprochen wird. Es sei heute feststehende Tatsache, daß endlich die Vereinigung der Deutschen im Volksstaate Deutschland gesichert sei.

Die kaiserlichen

Lebensmittelkammern.

In der „Volksstimme“ schildert Wilhelm Carl einen Besuch im Berliner Schloss, wo er die kaiserlichen Lebensmittelkammern besichtigte. Sonntag nachmittags. Vom Schloss geht im November-sonnenchein die rote Fahne. Es ist nicht die einzige Veränderung, die in dem stolzen Bau in den letzten 24 Stunden vor sich gegangen ist. Nicht nur der Herr, auch die ganze Hattenstanz seiner Dienerschaft ist verschwunden. An den Eingangsstufen des Schlosses stehen statt der kaiserlichen Leibgarde Kameraden in Zivilkleidung mit Karabiner. Mein Ausweis des Arbeiter- und Soldatenrates verhalf mir Eintritt in das Haus eines Kaisers von Gottes Gnade. Es steht mir frei, alle Räume zu besichtigen. Doch eigenlich, weder die prunkvollen Säle, noch die kostbar eingerichteten Privatgemächer haben mein Interesse.

Schon will ich wieder umkehren, da fiel mir plötzlich ein, daß mein seit vier Jahren gehegter Wunsch nun endlich in Erfüllung gehen kann. Ich bitte den diensthabenden Unteroffizier, mir ein-

Lebensmittelkammern seiner Majestät

zu zeigen, wohlgerne, die Lebensmittelvorräte der kaiserlichen Privatkammer, nicht etwa die des Volksstaates. Bereitwillig

führt man sich in die großen Lagerräume. Ich war darauf gefaßt, ein Lager vorzufinden, aber das dort gefundene übertrifft doch alle meine Erwartungen. In großen, weißgeputzten Räumen stand hier alles, aber auch wirklich alles, was man sich an Lebensmittel vorstellt überhaupt denken kann. Wein, ich muß mich verbessern, man kann es sich nicht ausdenken, daß nach vierjährigem Krieg noch solche ungeheuren Mengen von Lebensmitteln aufgespeichert sind. Da finden wir Fleisch und Geflügel auf Eis, Südcornen in großen Kisten, blütenweißes Mehl in Säcken bis an die hohe Decke aufgeschichtet, Tausende von Eiern, Rickenbassins mit Schmalz, Kaffee, Tee, Semmelbrot, Gelee und Konserven jeder Art aufgeschichtet in unendlich scheinenden Reihen, Hunderte von blauen Butterbüden, Süßfrüchte, Zorobis, Zwischbrot usw. usw. Man ist sprachlos und denkt unwillkürlich an den alten Spruch, daß die Mengen so groß sind, daß ein Mann allein sich davon unendlich einen Begriff machen kann. Der Wert der Vorräte beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark.

Ein Zusatz zum Waffenstillstandsvertrag.

Berlin, 12. November. Der deutsche Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrage zugegangen: Die Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Häfen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Seegoland zu besetzen, um ihre Uebergabe zu sichern.

(5) Der Pariser „Newport Herald“ meldet aus Newport, daß Kaning sich im Senatsauschuß zu den Waffenstillstandsbedingungen für die Mittelmeerehäfen geäußert habe, die Befragung der deutschen Gebiete links des Rheins würde nur eine vorübergehende Maßnahme sein. Je schneller der Friede zustande komme und je schneller Deutschland seinen Anschluß an die große Demokratie finde, desto schneller werde auch das linke Rheinufer geräumt werden. Die Waffenstillstandsbedingungen haben, wie bekannt, einen Zusatz erhalten, wonach die abzuliefernden Kriegsschiffe und U-Boote innerhalb einer sehr beschränkten Frist abzuliefern sind, widrigenfalls die Vereinigten Staaten das Recht haben sollen, Seegoland zu besetzen. Wie der „Berl. Lok. Anz.“ von maßgebender Stelle hört, dürfte es praktisch unmöglich sein, die Schiffe, wie gefordert, am 18. November auslaufen zu lassen, da die Befragungen, vor allem die Befragungen der U-Boote, sich weigern, zu diesem Zweck an Bord zu gehen. Sie wollen der Internierung in neutralen Häfen entgegen. Es ist deshalb mit der vorübergehenden Besetzung von Seegoland durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zu rechnen.

Sokales.

Fahrtplansinschränkungen ab 15. November. Von morgen ab fallen bis auf weiteres folgende Züge aus: Oberursel a. B. nach Frankfurt a. M. Vormittags: 4.58 Uhr und 5.55 Uhr, Nachmittags: 6.05 Uhr und 9.43 Uhr. Oberursel ab nach Bad Homburg v. d. H. Vormittags: 6.44 Uhr, Nachmittags: 8.09 Uhr und 12.23 Uhr. — Strecke Bad Homburg v. d. H. — Höchst verkehren die Züge ab Oberursel 7.15 Uhr und 3.05 Uhr Werktag. Desgleichen Oberursel an 8.33 Uhr und 4.58 Uhr nach Bad Homburg v. d. H. nur Werktag. — Strecke Bad Homburg v. d. H. — Uffingen fällt der Zug Bad Homburg v. d. H. ab 1.50 Uhr aus. — Strecke Bad Homburg v. d. H. — Friedberg fällt der Zug Bad Homburg v. d. H. ab 1.37 Uhr aus. — Strecke Friedberg — Bad Homburg v. d. H. fällt der Zug Friedberg ab 3.38 Uhr aus. Auf der Strecke Uffingen — Bad Homburg v. d. H. fällt der Zug Uffingen ab 3.29 Uhr aus. Wir empfehlen unseren Lesern, sich entsprechende Vermerke auf ihren Fahrplänen zu machen, um sich unliebsame Enttäuschungen zu ersparen.

Humoristische Gesellschaft „Edelweiß“. Das Konzert, das die humoristische Gesellschaft „Edelweiß“ am Sonntag, den 10. November in der „Rosa“ abhielt, war überaus zahlreich besucht. — Die Darbietungen gingen flott von statuten und fanden lebhaften Beifall. — Der Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, seine Gäste zufrieden zu stellen, kann auf einen vollen Erfolg zurückblicken.

Eine Sitzung des Kreisrats findet Freitag, den 15. November 1918, vormittags 11 Uhr, im Kreishaufe, Luisenstraße Nr. 88/90 zu Bad Homburg v. d. H. statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Vorschlag des Kreisaußschusses über Abänderung des Verteilungsplans der Kreisabgaben (SS 68 und 69) der Kreisordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 7. Juni 1885.
2. Vorlage betreffend Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Familienunterstützung.
3. Ausgabe von Notgeld für den Oberlammkreis.
4. Zuwahl von drei Sachverständigen für die Kreiskommission zur Abschätzung von Grundstücken, Gebäuden, Materialien (34 1429 des Kriegserlasses vom 13. 6. 1873.)

Privattelegramme nach der Westfront werden nicht mehr angenommen, nach der Ostfront nur noch, soweit und solange möglich.

Telegramme. Das Nachrichtenamt des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Die Bevölkerung wird dringend er-

jucht, den Telegrammverkehr auf das unerlässlich notwendige einzuschränken, andernfalls müßte vorübergehend ein Verbot des privaten Telegrammverkehrs verfügt werden.

An die Einwohner des Oberlammkreises richten die Arbeiter- und Bauernräte von Oberursel und Homburg nachstehenden Aufruf: Wir fordern hiermit die Einwohner des Oberlammkreises auf, in ihren Gemeinden Arbeiter- und Bauernräte zu gründen. Die Bürgermeister haben durch ortsübliche Bekanntmachung die Wahlen zu veranlassen. Sonntag, den 17. November, nachmittags 1 Uhr, findet im Kreise in Bad Homburg eine Volksversammlung der Arbeiter- und Bauernräte statt. Zu derselben sind zwei Mitglieder des Arbeiter- und Bauernrats zu entsenden.

Das Große Hauptquartier kommt nicht nach Homburg, sondern auf Veranlassung des Reichskanzlers Ebert, der drei Reichstagsabgeordnete nach Bad Homburg entsandte, nach Kassel.

Einschränkung des Personenverkehrs. Die Rainer Eisenbahndirektion gibt bekannt: Die zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen erforderlichen Massentransporte zwingen uns, namentlich im Nahverkehr, die Personenzüge vom 13. November ab stark einzuschränken. Zug, die dem Arbeiter- und sonstigen Berufsverkehr dienen, werden möglichst beibehalten werden.

Unser Bestand an Eisenbahnwagen und Lokomotiven. Angesichts des Punktes 7 der Waffenstillstandsbedingungen, der die Abgabe von 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lokomotiven an den Vielverband vorschreibt, ist es von Interesse, festzustellen, über welches Waggon- und Lokomotivmaterial wir in Deutschland gegenwärtig verfügen. Wie das „Berl. Tagbl.“ unterrichtet, beträgt die Gesamtzahl aller deutschen Eisenbahnverwaltungen auf etwa 800 000 bedeckte und offene Güterwagen und auf 35 000 Lokomotiven belaufen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein gewisser Teil dieses Fahrzeugmaterials sich zurzeit in den besetzten russischen Gebieten, in Österreich-Ungarn und auf dem Balkan befindet und zurzeit für uns nicht verfügbar ist.

Der beginnende Luftverkehr. Die Reichsleitung hat den Soldatenrat der Fliegertruppen zur Umgestaltung der bisher in den Dienst des Krieges gestellten Organisation des Flugwesens unter dem Namen „Deutsches Flugamt“ beauftragt. Dieses Flugamt hat die Aufgabe, sich in den Dienst des Volkes zu stellen, auf dem Gebiete von Handel, Verkehr, Post und Verkehrsmitteltransporte. Das Flugamt sieht seine wichtigste Aufgabe in der Heranschaffung solcher Lebensmittel, die leicht dem Verderben ausgesetzt sind. Die neue Beförderungsart wird sich in erster Linie auf die Milchbeförderung für Kranke und Kinder erstrecken.

Der Verkehr mit dem linken Rheinufer. Es ist in zahlreichen Kreisen des Volkes die Frage aufgeworfen worden, ob es nach der Besetzung des linken Rheinufers durch den Feind, vor allem mit den Städten Köln, Mainz, Koblenz, Straßburg noch unmittelbare Verkehrsmöglichkeiten geben wird. Die Sorge unserer Landsleute ist überflüssig und unberechtigt. Post, Telegraph und Eisenbahn werden auch während der Zeit der feindlichen Besetzung keinen wesentlichen Beschränkungen unterworfen sein. Wie weit eine Zensur und Durchsuchung der einzelnen Personen Platz greifen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist zu erwarten, daß der Verkehr mit den besetzten Gebieten aufrecht erhalten bleibt.

Aus Nach und Fern.

Bad Homburg. Von unserem Homburger Mitarbeiter wird uns geschrieben: Als ich gestern Abend die Konigsstraße passierte, konnte ich die, wohl von der gesamten Bevölkerung mit Freude empfundene Tatsache begrüßen, daß eine bessere Beleuchtung der Straßen eingeleitet ist. Die Konigsstraße ersuchte in vollem Lichterglanze, auch die Verdunkelungsvorrichtungen sind hier gestern aufgehoben worden. Nun braucht man nicht alles mehr so zu verhängen, denn man braucht jetzt keine Angst mehr vor einem feindlichen Fliegerbesuch zu haben. — (Anmerkung des Seherlesers.) Für Donnerstagsheim läßt die Beleuchtung auch viel zu wünschen übrig, hier wäre eine bessere Beleuchtung zu wünschen.

Bad Homburg. Der Homburger Arbeiter- und Bauernrat erläßt eine Bekanntmachung, daß mit dem heutigen Tage alle Jugendlichen bis zum 16. Jahre, wenn sie nicht in Begleitung von Angehörigen sind, um 7 Uhr abends zu Hause sein müssen. Wer nach dieser Stunde ohne schriftlichen Ausweis vom Arbeiter- und Bauernrat auf der Straße angetroffen wird, oder am Tage Ruhestörung verübt, wird bestraft. — Auch der Besuch von Wirtschaften und öffentlichen Veranstaltungen, wie Theater, Kinos usw. ist Jugendlichen verboten. Die Veranstaltungen für die Jugend dürfen nur bis 6 Uhr abends in Begleitung Erwachsener stattfinden.

Höchst. (Aus dem gleichen Topf.) Auf Anordnung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates wurde vom letzten Sonntag an für die Beamten und Arbeiter der Höchster Fachwerke ein Mittagstisch mit der gleichen Speisefolge eingeführt, jedoch eine Bevorzugung der Beamten, über die schon seit langem von der Arbeiterschaft geklagt wurde, namentlich in Homburg kommt. Die gleiche Maßnahme traf auch der Arbeiter- und Soldatenrat in der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron.

Frankfurt a. M. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wurde Dienstag früh 4 Uhr ein Ueberfall auf den Hauptbahnhof verjagt. In Bebra bemächtigten sich bewaffnete Leute einer Anzahl Wagen und fuhren mit diesen nach Frankfurt a. M. Da man hier frühzeitig von dem Vorhaben Kenntnis erhielt, räumte man den Bahnhof und stellte die Wagen mit Maschinengewehren bereit. Als der Zug in den Bahnhof einlief, feuerten die Wagenshaffenen auf die Wagen, worauf diese mit Maschinengewehren antworteten. Die Schießerei dauerte nur kurze Zeit, worauf sich die Angreifer entfernten. Einige Personen wurden leicht verletzt.

Stuttgart. In einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde ein Antrag angenommen, der die Zurückhaltung von Lebensmitteln zur Erzielung von Bucherpreisen mit dem Tode bestraft.

Vermischte Meldungen.

Berlin, 13. November. (W. T. B. Nichtamtlich.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über Aushöhlung sowie eine Bekanntmachung betreffend Aenderung der Ausführungsbestimmungen vom 10. Oktober und 27. Oktober 1916 zur Verordnung über Rohabak.

Die Zahlungsmittelnot, deren Ursachen und Folgen.

Man schreibt uns: Die gegenwärtige Zahlungsmittelnot gibt Veranlassung, einmal die Ursachen zu ergründen, die zu der zur Zeit bestehenden Geldknappheit geführt haben. Zunächst ist zu sagen, daß schon geraume Zeit die Beobachtung gemacht wurde, daß bei Sparkassen und Banken erheblich große Abhebungen stattfanden, während die Anlage von Spar- und Depotsparnissen merklich zurückgingen. Die nun aus Gründen der Notwendigkeit wegen der durch die politischen Verhältnisse geschaffenen Lage erfolgte Zurückhaltung von Spargeldern, gehört zu den bedenklichsten Erscheinungen der Kriegszeit und ist ebenso zu verwerfen, wie das übermäßige Hamstern von Nahrungsmitteleinheiten zum Nachteil der Gesamtheit. Die Sinnlosigkeit des Geldhamsterns ergibt sich aus den verschiedensten Gesichtspunkten. Das Verschleiden von Papiergeld, worunter auch Schecks etc. gehören, ist gerade in dieser Zeit die unermesslichste Handlungsweise und infolgedessen als die Schande im Verlaufe des Krieges einem eventuellen fremden Zugriff ausgesetzt sind. Dazu kommt die Gefahr des Verlusts, des Verbrennens und des Diebstahls. Derjenige, der Banknoten hamstert, schadet sich selbst am meisten, denn ganz abgesehen von den vorerwähnten Risiken, entsteht ihm doch auch der Zinsverlust. Es erübrigt sich wohl bezüglich der Sicherheit der Spargelder auch nur ein Wort zu verlieren, da ja die besetzten Stellen, an welche die überschüssigen Mittel abzuführen sind, Banken, Sparkassen und Genossenschaften, auf diesen Gebiete zur Geringe ausfindend wirken.

Jeder Deutsche muß bedenken, daß ein Umsturz des Geldhamsterns zu Fehden führen muß, die unser ganzes Wirtschaftsleben ins Stoden bringen. Es ist klar, daß die Banknoten zurückzuziehen müssen, damit die Reichsbank imstande ist, ihre Aufgabe als Zentralbankinstitut zu erfüllen: sie darf bekanntlich nur zu einem bestimmten Verhältnis zum Goldbestand Noten ausgeben. Wenn diese Grenze erheblich überschritten wird, entsteht eine Entwertung unseres Geldes, besonders im Auslande, die zur Folge hat, daß alles, was an Waren, besonders an Lebensmitteln, eingeführt wird, zum drei- und vierfachen Preise bezahlt werden muß. Der Notenumschlag der Reichsbank, der vor dem Kriege nur über eine Milliarde Mark betragen hat, beläuft sich heute auf circa sechzehn Milliarden. Diese Steigerung kann nicht noch fortgesetzt werden und es ist Pflicht eines jeden Deutschen, zur Verringerung des Bargeldgebrauchs beizutragen, durch Freilegung am bargeldlosen Verkehr, in Form des Scheckverkehrs, des Überweisungs- und Betrachnungsverkehrs, wozu wieder die Banken, Sparkassen und die Genossenschaften die gegebenen Stellen sind. Jede Verschärfung hinsichtlich der Sicherheit ist völlig unbegründet. Unser Papiergeld und ebenso unsere Kriegsanleihe werden vom Reich mit seinem Einkommen und Vermögen garantiert. Daher muß sich jeder selbst am meisten, das überschüssige Geld unter allen Umständen durch die angegebenen Stellen der Reichsbank zuzuführen, damit es seinen Zweck erfüllen und die ungestörte Fortführung unseres Wirtschaftslebens sichern hilft. Alle Gerüchte, die gegen diese Darstellung im Umlauf sind, entspringen schlimmen Vorurteilen und sind unter allen Umständen zurückzuweisen.

Eins ist noch zu bedenken, wenn die Zurückhaltung von Papiergeld weiter beobachtet wird, so bliebe der Reichsbank kein anderer Ausweg, als eine Aushöhlung der alten Scheine in Erwägung zu ziehen, jedoch die Hamsterei, alsdann den Schaden allein zu tragen hätten.

Also heraus mit dem Papiergeld einschließlich der Schecks zur Bank, Sparkasse, Genossenschaft als Anlage, damit unsere wirtschaftliche Widerstandskraft gestärkt wird im Interesse der Befreiung eines baldigen Friedens.

Verantwortlicher Schriftleiter: Heinrich Verlebach.
Druck und Verlag von Heinrich Verlebach in Oberursel.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei der Beerdigung meiner innigstgeliebten Gattin, unserer guten treusorgenden Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Frau Anna Maria Bott
geb. Halm

sagen wir Allen, insbesondere den warmherzigen Schwägern für die liebevolle Pflege, sowie für die Kranz- und Blumenspenden unseren herzlichsten Dank.

Oberursel, den 14. Nov. 1918

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
i. d. A.: Heinrich Georg Bott u. Kinder.

Habe meine

PRAXIS

wieder aufgenommen.

Sprechstunden: 12—1 Uhr jeden Tag, 6—7 Uhr abends
täglich mit Ausnahme von Samstag und Sonntag.

Dr. Balthes

Gesucht ab Dezember vom

Kaufmann

möbl. Wohn- evtl. auch

Schlafzimmer

bei 1/2 jährlicher Bindung evtl.

klage Motorenfabrik od. hinaus

Angeb. unt. C. 7. 2728 a. d. Verl.

Fach-

ti. 22

Schuhmacher

für dauernd gesucht, sowie ein

ordentlicher Junge

kann das Schuhmacherhandwerk

gründlich erlernen bei

Schuhmacherm. P. G. Oberursel

Monatfrau

für wöchentlich 2x gesucht.
Zu erfragen im Verlag. (2700)

Zuverlässiges

Mädchen od. Monatsfrau

für Hausarbeit evtl. auch Gar-

tenarbeit sofort oder später ge-

sucht. Gute Veranlagung zuge-

hört. Näheres (2704)

Aufkündigung 10.

Junges Fräulein

erteilt guten

Klavier-

Unterricht

Zu erfragen im Verl. (2708)

Mädchen

welches in Hause schlafen kann

sucht Stelle in kleinen Haus-

halt. Zu erfr. im Verl. 2731

Leinenjack

verloren abzugeben gegen Be-

lohnung im Verlag. (2736)

Gasher

mit 4 Flammen zu ver-

kaufen. (2735)

Tannusstr. 30 II.

Traner-

Druckmaschinen

empfiehlt

Buchdruckerei Verlebach.